

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Sahra Wagenknecht: Die agilsten Gegner Europas sitzen heute in Brüssel](#)
2. [Das Europa, das wir wollten](#)
3. [Und schon naht der nächste Trick](#)
4. [Altersversorgung: SPD-Linke will Rentenniveau auf 50 Prozent anheben](#)
5. ["Alleinerziehende brauchen nicht nur finanzielle Unterstützung"](#)
6. [Projekt Superbehörde](#)
7. [Mehr Panzer, dafür weniger Gewehre](#)
8. [Airbus knackt den Jackpot: Deutscher Rüstungskonzern führt Konsortium für europäisches Drohnenprojekt](#)
9. [Russophobie als ideologische Waffe](#)
10. [Was heißt „gute Bleibeperspektive“?](#)
11. [Studie zu Flüchtlingen und Migranten: Die Willkommenskultur verabschiedet sich](#)
12. [Flüchtlinge gänzlich unerwünscht: Neuer Bericht zur Situation in Ungarn](#)
13. [Neue Studie: Border Wars](#)
14. [Aufstieg der Populisten: Kapitalismus? Echt?](#)
15. [AfD: Von sozialer Spaltung zum "Volk" der Rechten](#)
16. [Aus, aus, aus – das Spiel ist aus!](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Sahra Wagenknecht: Die agilsten Gegner Europas sitzen heute in Brüssel**
Die NATO-Einkreisung Russlands sichert nicht den Weltfrieden, sondern gefährdet ihn. Es ist dringend Zeit für eine eigenständige europäische Außenpolitik in der Tradition der Entspannungspolitik und für die Ersetzung der US-dominierten NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands. – Dass die Ergebnisse des Europäischen Rats letzte Woche von der Tagesordnung abgesetzt wurden, ist bezeichnend. Wegschweigen, Aussitzen, nicht über Veränderung reden, das können doch nicht die Schlussfolgerungen aus der aktuellen Krise sein. Wer nicht will, dass Europa endgültig zerfällt, muss auf einen sozialen und demokratischen Neubeginn setzen.

Quelle 1: [Linksfraktion via YouTube](#)

Quelle 2: [Sahra Wagenknecht](#)

Dazu: EU-Globalstrategie und deutsch-französische Militarisierungsoffensive

Überschattet von der Brexit-Abstimmung verabschiedeten die europäischen Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen in Brüssel Ende Juni 2016 nahezu unbemerkt eine neue EU-Globalstrategie (EUGS). Das seit über einem Jahr unter der Ägide der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini ausgearbeitete Papier namens „Gemeinsame Vision, gemeinsame Aktion – ein stärkeres Europa“ ersetzt die bisher gültige „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS) aus dem Jahr 2003. Die EUGS steckt als Grundlagendokument die allgemeinen Ziele ab, die die Europäische Union mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen möchte und liefert damit die Grundlage, um nun – wahrscheinlich in einem späteren Weißbuch – eine konkrete Militarisierungsagenda zur Umsetzung dieser Ambitionen auszuarbeiten.

Paradoxerweise könnte sich hier der – mögliche – Brexit als regelrechter „Segen“ für die Propagandisten einer „Militärmacht EUropa“ erweisen, da Großbritannien bislang Initiativen in diese Richtung stets ablehnend gegenüberstand. Jedenfalls gingen die Außenminister Deutschlands und Frankreichs unmittelbar nach dem britischen Referendum mit einem gemeinsamen Papier in die Offensive, in dem sie eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten, um die EUGS mit militärischer Substanz anzureichern.

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

Dazu auch: Nato-Gipfel in Warschau: Weiter Säbelrasseln Richtung Russland

Ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter fordern Angela Merkel auf, eine weitere Eskalation zu verhindern und die Ukraine-Politik zu überdenken

Heute beginnt der zweitägige Nato-Gipfel in Warschau, wo weitere Aufrüstungsmaßnahmen beschlossen werden sollen. Im Jargon gesprochen heißt es auf der Nato-Website, dass die Sicherheit der Allianz durch Verstärkung der Abschreckung und Verteidigung verstärkt und „Stabilität über ihre Grenzen hinaus projiziert“ werden soll. Beschlossen werden soll die feste Stationierung von vier Bataillonen in Estland, Lettland, Litauen und Polen und einer Brigade in Rumänien. Überdies sollen die Cyberwar-Kapazitäten, das zivile Krisenmanagement und die Verteidigung gegen Raketen, also das US-Nato-Raketenabwehrsystem, ausgebaut werden. Der Cyberspace soll neben den traditionellen Operationsgebieten Land, Luft und See zum neuen Operationsgebiet erklärt werden.

Stützpunkte sind in Rota, Spanien, Rumänien, Polen und der Türkei, in Deutschland befindet sich auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein die Kommandozentrale. Wieder einmal wiederholt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, das Raketenabwehrsystem

richte sich nicht gegen Russland. Man könne schon aus physikalischen Gründen keine russischen Interkontinentalraketen damit abschießen. Es seien dafür zu wenige Raketen, sie seien auch zu nahe an der russischen Grenze oder zu südlich stationiert.
Quelle: [Telepolis](#)

2. Das Europa, das wir wollten

Fast alle wollen Europa. Die meisten wissen allerdings nicht, was das genau sein soll, dieses Europa. Europa darf nicht nur ein emotionales, es muss auch ein intellektuelles Projekt sein. Daran fehlt es, weil die Europäische Kommission unter dem Druck der nationalen Regierungen versagt. Nach dem Brexit fällt es vielen in Großbritannien offenbar wie Schuppen von den Augen, dass sie eigentlich Europa wollten. Der Rest Europas sinniert in gespielter Verzweiflung darüber, wie man Europa retten kann. Aufrechte Intellektuelle laufen zu großer Form auf und verkünden – jetzt erst recht – das kommende europäische Zeitalter, weil es zu Europa keine Alternative gebe. Klar, welcher vernünftige Mensch wollte „Europa“ nicht. Wer wollte nicht Völkerverständigung, wer wollte nicht, dass die Menschen sich grenzenlos begegnen und kennenlernen können. Außer ein paar unverbesserlichen Hinterwäldlern wollen das alle.

Das Wollen aber ist das eine, das Können ist das andere. Weil der Wille zu Europa so wohlfeil ist, klingt der anschwellende Bocksgesang vom Europa, das wir jetzt unbedingt neu bauen müssten, so schrecklich hohl. Warum sollten diejenigen, die es zu verantworten haben, dass aus überzeugten Europäern immer mehr Anti-Europäer werden, nun ausgerechnet auch diejenigen sein, denen es gelingt, den alten europäischen Karren aus den Dreck zu ziehen?

Quelle: [Makroskop](#)

Dazu: Warum fordert niemand den Rücktritt von Juncker und Co.?

Die Reaktionen der Brexitgegner nach der Abstimmung in Großbritannien sind Zeichen einer grundlegenden politischen Schwäche

Es war schon merkwürdig, wie in den EU-freundlichen Medien in den letzten Tagen auf den Rücktritt des britischen Brexit-Ideologen Nigel Farage reagiert wurde. Da wurden Sprüche laut, die man eher bei den Freunden von Farage erwartet hätte, etwa: dass er die Briten, die ihm geglaubt haben, im Stich gelassen habe. Oder: dass er für das Schlamassel, das er angerichtet hatte, jetzt nicht die Verantwortung übernehmen wolle. Haben sich ausgerechnet die EU-Freunde gewünscht, dass Farage nach dem Brexit britischer Premierminister wird und das Land aus der EU herausführt?

Das ist kaum anzunehmen, aber der Ärger über Farages Verschwinden aus der ersten Reihe der Brexit-Befürworter dürfte echt sein. Schließlich war er das Gesicht des

“rechten Brexit”. Er gab denen eine Stimme, die aus xenophoben und rassistischen Gründen für den Austritt votierten. Sie hatten in der Brexit-Debatte sicher auch die Vorherrschaft. Dabei war allerdings klar, dass Farage und seine Partei auch nach dem Brexit-Beschluss keine besondere Rolle in der britischen Politik spielen würden. Dafür sorgt schon das bisherige Wahlsystem.

Quelle: [Telepolis](#)

Dazu auch: Europa nach dem Brexit: Die EU muss weltoffener, solidarischer, sozialer werden

Wie geht es nach dem Brexit weiter mit Europa? Die EU muss nun vor allem die Jugendarbeitslosigkeit entschieden bekämpfen. Dazu braucht es eine Investitionsoffensive, die diesen Namen verdient. [...]

Die Ursache dafür ist klar zu benennen: Seit Jahren verharret die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Schnitt auf einem viel zu hohen Niveau von 22 Prozent. Rund fünf Millionen junge Europäer unter 25 Jahren haben keinen Arbeitsplatz. In Griechenland und Spanien bleibt jeder zweite Mensch dieser Altersgruppe, der einen Arbeitsplatz sucht, erfolglos. In Italien und Portugal ist es jeder dritte, in Großbritannien jeder fünfte. In Deutschland ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar erfreulicherweise deutlich geringer, nicht zuletzt aufgrund der dualen Berufsausbildung. Aber gut zwei Millionen Jugendliche verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung, und viel zu viele Jugendliche müssen sich jahrelang mit befristeten Arbeitsverträgen begnügen. [...] Um Arbeitslosigkeit insgesamt in Europa aber wirklich zu bekämpfen, braucht es ein ganzes Set von politischen Korrekturen, die weit über arbeitsmarktspezifische Programme hinausgehen. Dazu müssen die seit Jahren bekannten Webfehler der Währungsunion endlich behoben werden. Dazu gehören eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und eine effektive Bekämpfung von Steuerflucht. Die Kapitalmärkte müssen weiter re-reguliert werden, und die sozialen Rechte müssen deutlich gestärkt werden. Nur wenn die grundsätzlichen Strukturen stimmen, wird gewährleistet, dass es keinen ruinösen Wettbewerb zwischen den Staaten zulasten der Arbeitsmärkte gibt.

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Die Betonung der viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit ist erfreulich, aber es fehlt ein Hinweis auf die viel zu hohe allgemeine Arbeitslosigkeit in der EU und den stetigen Rückbau von Arbeitnehmerrechten. Eine “Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung” ist auch wünschenswert, aber zu wenig, wenn die Unternehmensteuern auf dem viel zu niedrigen aktuellen Niveau dümpeln. Die Forderung nach staatlichen Investitionen ist

hilfreich, aber staatliche Investitionen alleine genügen nicht, um mehr Nachfrage zu schaffen. Das Wort Nachfrage und die Forderung nach deutlichen Lohnerhöhungen vor allem in Deutschland (und den Niederlanden) und nach einer Senkung, möglichst Beseitigung der krassen Leistungsbilanzunterschiede fehlen ganz. So bleibt der Text auf typischem DGB-Niveau: die Forderungen sind nicht falsch, aber lange nicht ausreichend, um den Euro und die EU zu retten; und leider scheint für mich eine Kontinuität des DGB durch, die die "Lohnzurückhaltung" (in Wahrheit: Lohnsenkung) in Deutschland nicht falsch findet, wenn damit Arbeitsplätze (in Deutschland!) erhalten bleiben und deutsche Unternehmen im Export Marktanteile gewinnen. Mit dieser völlig falschen Haltung, die schon die vielen Bündnisse für Lohnsenkungen ("Bündnisse für Arbeit") und den konsequenten Kampf gegen die "Agenda 2010" verhindert haben, bleibt der DGB ein Teil derer, die die deutsche Volkswirtschaft massiv ramponiert haben und die zu den Totengräbern der EU werden.

3. Und schon naht der nächste Trick

Der Bundestag soll über das umstrittene Ceta-Abkommen abstimmen, aber die EU-Kommission will es vorher in Kraft setzen. Nur die Bundesregierung könnte das verhindern. [...]

Die Kommission will das Abkommen zur "vorläufigen Anwendung" vorschlagen - möglicherweise sogar den kompletten Vertrag. Das klingt technisch, ist aber von enormer Tragweite. Denn dadurch würde die europäisch-kanadische Freihandelszone faktisch ab Herbst existieren, sowie der EU-Rat (der Regierungen) und das Straßburger Parlament im Herbst zugestimmt haben. So etwas gab es bereits bei anderen Abkommen. Mitunter wurden allerdings nur die Teile vorläufig in Kraft gesetzt, die nicht in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen. Bei Ceta sind das aber mehr als 90 Prozent der geplanten Vereinbarungen. Würde jedoch das gesamte Abkommen vorläufig angewendet, wie es die Kommission möglicherweise anstrebt, hätte das erhebliche Folgen: Dann würde auch der meist umstrittene Teil des Abkommens wirksam: der besondere Investitionsschutz für kanadische Firmen. Sollten die sich bei künftigen Geschäften unfair behandelt fühlen, könnten sie Deutschland auf der Basis von Ceta auf Schadensersatz verklagen. Und das, bevor der Bundestag dem Vertrag überhaupt zugestimmt hat.

Quelle: [Zeit Online](#)

Dazu: Nationale Parlamente haben einen Pyrrhussieg errungen

Sie dürfen über das Ceta-Abkommen mitbestimmen. Aber die Machtfrage zwischen Kommission und EU-Mitgliedern ist damit nur scheinbar geklärt. [...]

Die Regierungen müssen nun ihren Bürgern erklären, dass nach der Entscheidung von

Juncker die unzweifelhaft europäischen Themen bei Ceta vorab in Kraft gesetzt werden können – also vor den Abstimmungen in den nationalen Parlamenten. Das gilt für mehr als 90 Prozent des Vertragsinhalts von Ceta. Das kann man erklären. Man muss es auch.

Quelle: [Süddeutsche](#)

Anmerkung Jens Berger: *Das ist schon erschreckend, wenn man sieht, dass eine Zeitung wie die Süddeutsche sich noch nicht einmal die Mühe gibt, ihre klare Pro-CETA-Linie hinter Floskeln zu verstecken. Stattdessen gibt man der Politik ganz direkt und unverblümt Empfehlungen, wie man denn nun dem Bürger erklären muss, dass CETA eigentlich doch schon abgemachte Sache ist.*

4. Altersversorgung: SPD-Linke will Rentenniveau auf 50 Prozent anheben

Die SPD-Linke will das Rentenniveau in alte Höhen zurückbringen: Sie fordert eine Erhöhung auf 50 Prozent. Das würde viele Milliarden Euro kosten – und die eigene Arbeitsministerin Nahles wohl nicht erfreuen.

Der linke SPD-Flügel stemmt sich gegen das Absinken des Rentenniveaus in Deutschland. Die Forderung der Genossen: eine Anhebung auf 50 Prozent. Das geht aus einem Papier der Parlamentarischen Linken (PL) in der SPD-Bundestagsfraktion hervor, das SPIEGEL ONLINE vorliegt. “Mittelfristig muss das Niveau der gesetzlichen Rente wieder auf mindestens 50 % angehoben werden”, heißt es darin. Zurzeit liegt das Rentenniveau bei 47,7 Prozent – nach Berechnungen der Rentenkasse wird es bis 2030 auf 44,2 Prozent sinken. Bei 50 Prozent lag es zuletzt im Jahr 2009. Das Rentenniveau beschreibt die prozentuale Höhe der sogenannten Standardrente im Verhältnis zum Nettoeinkommen eines Arbeitnehmers vor Abzug der Steuern. Das Positionspapier wurde im Dialog mit Gewerkschaften und Sozialverbänden erarbeitet. Es soll Eingang in das Bundestagswahlprogramm der SPD finden. “Bei der Bundestagswahl 2017 geht es um die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme”, sagte PL-Sprecher Matthias Miersch SPIEGEL ONLINE. “Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard sichern. Alle anderen Formen der Altersvorsorge, ob betrieblich oder privat, sind ergänzend sinnvoll, müssen aber hinter diesem Ziel zurückstehen.”

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Das ist erfreulich. Es gilt jedoch z.B. zu bedenken wie die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der SPD sind: Welchen Einfluss hat die SPD-Linke heute noch in der Partei? Und selbst wenn diese Position in das Bundestagswahlprogramm einfließen würde, stellt sich die Frage, weshalb die SPD*

das nicht bereits mit der gegebenen, strategisch so bedeutsamen rot-rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag umsetzt.

5. **“Alleinerziehende brauchen nicht nur finanzielle Unterstützung”**

Alleinerziehend zu sein und Kinderarmut seien zwei Seiten einer Medaille, sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Carola Reimann im DLF. Neben der finanziellen Entlastung müsse der Zugang für Frauen zum Arbeitsmarkt und eine gute Betreuungsinfrastruktur gewährleistet werden, um Beruf und Familie unter einen Hut zu kriegen, so Reimann.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

6. **Projekt Superbehörde**

“Die Bundesregierung arbeitet heimlich am Aufbau einer Bundesfernstraßengesellschaft. Das Ergebnis könnte die Privatisierung aller Autobahnen sein.”

“Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) kündigte zuletzt zehn neue privat finanzierte Autobahnprojekte mit einem Volumen von 14 Milliarden Euro an. Doch die Bundesregierung will mehr. Sie plant eine Superbehörde: Die Bundesfernstraßengesellschaft. Bisher öffentlich kaum wahrgenommen, könnte daraus eins der größten Privatisierungsvorhaben seit Jahrzehnten entstehen. Denn diese Gesellschaft könnte wie eine ÖPP-Maschine arbeiten. ”

“Die Bundesregierung arbeitet mit drei Ministerien an der Superbehörde: Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzministerium. Alle verschleiern. Das Wirtschaftsministerium dementiert gegenüber der taz, dass es um eine Privatisierung ginge. Konkrete Antworten: verweigert. Angeblich nicht zuständig. Das Verkehrsministerium verweist auf das Finanzministerium und dieses aufs Verkehrsministerium. Ein Bermuda-Dreieck.”

“Die Beteiligten gehen äußerst vorsichtig vor. Abgeordnete der Regierung sind darüber empört. Die Opposition ist konsterniert. „Die Bundesregierung bastelt im Dunkeln an ihrem Projekt Autobahngesellschaft“, sagt Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter der taz. „Wir wissen bis heute nicht, was die da treiben“. Dabei kursiert bereits der Entwurf einer Änderung des Grundgesetzes.”

„Dort soll später stehen: ‚Die Bundesautobahnen werden in Bundesverwaltung geführt. Aufgaben der Planung, des Baus, des Betriebs, der Erhaltung, der vermögensmäßigen Verwaltung und der Finanzierung der Bundesautobahnen können durch Bundesgesetz einer Gesellschaft in privatrechtlicher Form übertragen werden‘.”

Quelle: [taz](#)

7. **Mehr Panzer, dafür weniger Gewehre**

Die deutschen Rüstungsexporte steigen und steigen – auch 2016. Vizekanzler Gabriel

schiebt die Schuld auf die Vorgängerregierung

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will erklärtermaßen weniger Rüstungsexporte, doch die Realität ist eine andere. 2015 hat die Bundesregierung Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von 7,86 Mrd. € erteilt. Gegenüber 2014 (3,95 Mrd.) ist das fast eine Verdopplung. Außerdem wurden 2015 Sammelgenehmigungen mit einem Gesamtwert von 4,96 Mrd. € erteilt. Das Bundeskabinett will den gerade erst veröffentlichten Rüstungsexportbericht an diesem Mittwoch beschließen.

Gabriel schiebt die steigenden Exporte auf Genehmigungen der Vorgängerregierung. Das Jahr 2015 war tatsächlich noch von Großaufträgen der schwarz-gelben Regierung geprägt. Der Verkauf von „Leopard 2“-Kampfpanzern und Panzerhaubitzen nach Katar gehe noch auf ihr Konto. „Es (ist) bedauerlich, dass wir diese Panzer nach Katar schicken. Aber das hat eine frühere Bundesregierung beschlossen“, sagte der SPD-Chef am Dienstag. „Das kann ich leider nicht rückgängig machen.“

Allerdings sind die deutschen Rüstungsexporte im ersten Halbjahr 2016 weiter gestiegen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat die Bundesregierung nach Informationen der dpa die Ausfuhr von Waffen und Ausrüstung im Wert von 4,0 Mrd. Euro genehmigt, mehr als eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahreszeitraum. Das Katar-Geschäft schlug im vergangenen Jahr mit 1,6 Mrd. Euro zu Buche. Das Geschäft war bereits 2013 genehmigt worden. Die Bundesregierung hatte der Auslieferung der ersten Tranche im vergangenen Oktober aber nochmals zugestimmt. Eine Verweigerung wäre zwar möglich gewesen. Dann hätten Hersteller und Abnehmer aber Schadensersatz geltend machen können.

Quelle: [Hintergrund](#)

8. **Airbus knackt den Jackpot: Deutscher Rüstungskonzern führt Konsortium für europäisches Drohnenprojekt**

Mit dem Verteidigungsministerium wird Airbus Hauptauftragnehmer der zweijährigen Vorstudie für eine waffentragende europäische Langstreckendrohne. Die Vertragsunterzeichnung ist noch vor der Sommerpause geplant, im September soll es losgehen. Die Gesamtkosten des Projekts liegen über einer Milliarde Euro.

Das Bundesministerium der Verteidigung konkretisiert die Beschaffungspläne für eine bewaffnungsfähige Langstreckendrohne. Unter Leitung des Rüstungskonzerns Airbus Defence & Space (ADAS) soll eine erste Definitionsstudie für ein „Europäisches MALE RPAS“ durchgeführt werden. Die Abkürzungen stehen für „Medium Altitude Long Endurance“ und „Remotely Piloted Aircraft System“, das Drohnen samt der Systeme für Steuerung und Empfang von Aufklärungsdaten bezeichnet.

Eine solche Vorstudie ist nötig, um die Möglichkeiten der Drohne zu definieren und die späteren Kosten abzuschätzen. Später könnte eine Entwicklungsphase und

anschließend eine Realisierungsphase folgen. Bis 2025 soll die Drohne serienreif sein. Aus dem Verteidigungsministerium verlautet, dass das Gesamtprojekt der „Europäischen MALE RPAS“ die Milliardenmarke knackt. Nicht eingerechnet sind Gelder in hoher dreistelliger Millionenhöhe, die Airbus bereits für die zivile und militärische Drohnenforschung erhielt. Die Bundesregierung, aber auch die Europäische Union haben außerdem hohe Summen in die Entwicklung der benötigten Satellitenkapazitäten durch Airbus investiert.

Quelle: [Netzpolitik](#)

9. **Russophobie als ideologische Waffe**

Viele Historiker haben unwiderlegbar nachgewiesen, dass dem vor 75 Jahren entfesselten Krieg gegen die UdSSR verschiedene Pläne zugrunde lagen. Diese bezweckten die Gewinnung von »Lebensraum«, die Vorherrschaft des deutschen Faschismus auf dem europäischen Kontinent und eine deutsche Weltmachtstellung. In Russland sollte die »jüdisch-bolschewistische Führungsschicht«, sollten die Juden und ein großer Teil der slawischen Bevölkerung ermordet werden. An dieser Stelle soll im Rückblick auf die Vorgeschichte des 22. Juni 1941, auch auf die Rolle ideologischer Faktoren eingegangen werden. Diese ist bislang wenig berücksichtigt, geschweige denn umfassend erörtert worden. Ich wage zu behaupten: Ohne eine Analyse solcher Aspekte lassen sich wesentliche Abläufe in der Vorbereitung auf den Krieg kaum erklären. Ohne sie kann es außerdem auch in der Gegenwart nicht gelingen, bereits in Gang gesetzte militärischen Abenteuer zu verhindern.

Zumindest größere Teile der Bevölkerung müssen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, seit proklamierter Volkssouveränität und praktiziertem Parlamentarismus – wie es so unschön im Politsprech heißt – »mitgenommen« werden, um herrschen, Kriege vorbereiten und führen zu können. Massen in einem solchen Sinne zu beeinflussen, das gelang bekanntlich immer und immer wieder. Nicht zuletzt mit Hilfe der Medien, die sowohl Stimmungen erzeugen als ihnen auch entsprechen, die indessen oft genug als eine massenpsychologisch wirksame »Kriegswaffe« dienten und es noch immer tun. Wie sagte schon Heinrich Heine: »Die Macht der Großen existiert zuvörderst in den Köpfen der Kleinen.«

Quelle: [junge Welt](#)

10. **Was heißt „gute Bleibeperspektive“?**

Die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz (SPD) sieht schwere Mängel an dem Integrationsgesetz, das der Bundestag am Donnerstag verabschieden soll. Das Gesetz drohe Migranten von Integration auszuschließen, warnte Özoguz in einem Interview mit den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND).

In dem Gesetzentwurf fehle die genaue Definition eines Kernbegriffs – nämlich der „guten Bleibeperspektive“, die „mittlerweile das entscheidende Kriterium beim

Zugang zu Sprachkursen und Leistungen zur Ausbildungsförderung“ sei, bemängelte die SPD-Politikerin.

Der Entwurf sei unpräzise und nehme zu wenig Rücksicht auf die Einzelfälle, kritisierte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Es reiche nicht, bei der Bewilligung von Integrationskursen ausschließlich auf die Schutzquote von mindestens 50 Prozent bei Asylanträgen aus einem bestimmten Herkunftsstaat zu schauen. Zusätzlich müsse die „individuelle Perspektive eines Menschen“ beachtet werden, forderte sie. „Wie lange dauert schon das Asylverfahren? Was hat er oder sie bereits an Integrationsleistungen vollbracht, etwa in der Schule oder bei der Ausbildung?“ Özoguz warnte: „Wir dürfen hier nicht sehenden Auges die Fehler der Vergangenheit wiederholen und Menschen von Integration ausschließen.“

Quelle: [taz](#)

Anmerkung Christian Reimann: Spät kommt die Einsicht von Frau Özoguz. Hat sie nicht auch wertvolle Zeit „verschleudert“, wenn sie erst so spät Kritik an einem Gesetzentwurf äußert? Hätte sie nicht bereits viel früher mit ihrer Kritik in die Öffentlichkeit gegen können (oder gar müssen), um für Änderungen am Entwurf zu plädieren?

11. Studie zu Flüchtlingen und Migranten: Die Willkommenskultur verabschiedet sich

Deutschland im September 2015: Menschen stehen mit Stofftieren und Transparenten an Bahnsteigen, um Flüchtlinge in der Bundesrepublik willkommen zu heißen. Sie klatschen, als die Hilfesuchenden aus den Zügen stiegen. Die internationale Presse berichtet über das freundliche Klima in der Bundesrepublik, ein wenig kommt das WM-Gefühl von 2006 auf: „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Nur dass die Menschen, die nun anreisen, bleiben wollten.

Sommer 2016: Wo stehen die Deutschen heute?

Die schönen Bilder sind verblasst – und auch mit der Willkommenskultur ist es nicht mehr weit her. Vor zwei Jahren sah es noch eine Mehrheit positiv, dass sich Flüchtlinge in Deutschland heimisch fühlen. Inzwischen überwiegt die Ablehnung dessen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter dem Projektnamen ZuGleich mit der Mercator-Stiftung durchgeführt wurde. Darin wurde untersucht, wie sich die Haltung der Deutschen mit und ohne Migrationsbiografie zum Thema Integration und Zusammenleben mit Migranten zwischen 2013/2014 und 2015/2016 verändert hat.

Demnach sieht ein Drittel der Befragten Deutschlands Zukunft durch die Migration in

Gefahr. Knapp die Hälfte von ihnen hat Angst, dass mit der steigenden Anzahl der Flüchtlinge in Deutschland auch die Bedrohung durch Terrorismus wächst. Fast ebenso viele Befragte wünschen sich, dass die Asylbewerber wieder ausgewiesen werden, wenn sich die Lage in ihren Heimatländern verbessert.

Quelle: [Spiegel Online](#)

12. **Flüchtlinge gänzlich unerwünscht: Neuer Bericht zur Situation in Ungarn**

Das Asylrecht existiert für Flüchtlinge in Ungarn faktisch nicht mehr. Die ungarische Regierung unternimmt alles, um Schutzsuchende abzuwehren. Ein neuer Bericht von PRO ASYL und bordermonitoring.eu zeigt, warum Flüchtlinge nicht nach Ungarn zurückgeschoben werden dürfen.

Am 2. Oktober findet in Ungarn eine Volksabstimmung über die Frage statt, ob sich Ungarn an der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Zwangsverteilung von Flüchtlingen beteiligen soll. Dabei hat die ungarische Regierung erneut ihre Kreativität unter Beweis gestellt, Volksbefragungen so zu formulieren, dass das erwünschte - flüchtlingsfeindliche - Ergebnis am Ende herauskommt: „Wollen Sie, dass die Europäische Union auch ohne Konsultierung des (ungarischen) Parlaments die Einwanderung nichtungarischer Staatsbürger nach Ungarn vorschreibt?“

Quelle: [Pro Asyl](#)

13. **Neue Studie: Border Wars**

Das Transnational Institute hat am 4. Juli gemeinsam mit der niederländischen Organisation Stop Wapenhandel eine neue von Mark Akkerman verfasste Studie herausgegeben, die online frei zugänglich aufrufbar ist: „Border Wars - The arms dealers profiting from Europe's refugee tragedy“. In der Studie zeigt Akkerman auf, welche Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen u.a. in Form von Forschungsaufträgen und dem Verkauf von IT-Produkten, Überwachungstechnologien und weiteren Produkten von der tödlichen EU-Migrationspolitik profitieren. Gleichzeitig fördern sie den Militarisierung und Technologisierung der EU Migrationspolitik durch eine intensive Lobbyarbeit, denn: „The border security market is booming. Estimated at some 15 billion euros in 2015, it is predicted to rise to over 29 billion euros annually in 2022“. Zu diesen Unternehmen zählen insbesondere das italienische Finmeccanica, das französische, multinationale Thales und Safran. Ganz vorne mit dabei ist auch die europäische Airbus-Group, welche am stärksten von Forschungsgeldern zur EU-Sicherheit profitierte. Die Studie hebt u.a. auch die Tatsache hervor, dass einige der Unternehmen oder Gruppen, welche Aufträge bezüglich der Forschung zu Grenzsicherheit erhielten, gleichzeitig auch Waffenexporteure für den arabischen Osten sind und somit erstmal Konflikte wortwörtlich befeuern, um dann nochmal Profite aus der Abschottung Europas vor den Flüchtlingen zu schlagen. Zwischen 2005 bis 2014 haben EU-Mitgliedstaaten Waffendeals mit Ländern aus Nordafrika oder dem

arabischen Osten im Wert von rund 82 Milliarden Euro erzielt. Zu den exportierten Produkten zählen auch Überwachungstechnologien und -systeme, die zur Grenzsicherung arabischer Staaten installiert werden.

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

14. **Aufstieg der Populisten: Kapitalismus? Echt?**

Aber eine Revolution ist möglich. Sie hat längst begonnen – sie kommt von rechts. Die Rechten sind dabei, die kulturelle Hegemonie zu erringen. Sie verschieben die Grenzen des Sagbaren und des Machbaren. Es ist zwar kriminell, Ausländerwohnheime anzuzünden – als politische Strategie aber erfolgreich. Und es ist zwar unsinnig, die Europäische Union verlassen zu wollen – als politische Strategie aber erfolgreich.

Und es ist zwar unredlich, Lügen zu verbreiten – als politische Strategie aber erfolgreich.

Die Linken sind dafür zu friedlich, zu nett und zu vernünftig. Sahra Wagenknecht sieht zwar aus, als hätte sich Rosa Luxemburg auf der Flucht vor der Polizei eine Nacht bei Peek & Cloppenburg versteckt. Aber ihr revolutionäres Potenzial passt in ein Make-up-Döschen. Und ihr Mann Oskar zettelt höchstens noch im Altersheim eine Revolution an, aber auch nur, wenn der Brokkoli zu fest gekocht ist.

Die Linken machen niemandem mehr Angst. Es ist die Angst vor den Rechten, die von nun an die Politik bestimmt. Wir werden erleben, dass sich ein politisches System nicht aus Vernunft ändert, sondern aus Furcht. Der Revolutionär Bucharin soll gesagt haben: "Die Demokratie ist die Staatsform des Bürgertums, wenn es keine Angst hat. Der Faschismus, wenn es Angst hat."

Quelle: [Jakob Augstein auf Spiegel Online](#)

Anmerkung Jens Berger: ... schreibt der Mann, der einen publizistischen Herzkasper bekommt, wenn irgendwer den rot-grünen Opportunismus kritisiert und der Systemkritik für einen sinnlosen Zeitvertreib studentischer Basisgruppen hält. Wann immer ein Linker über den intellektuellen Schrebergartenzaun hinausblickt und die Sorgen der Menschen ernst nimmt, zieht Augstein ihm die Populismus-Keule über die Rübe und nun wundert er sich, dass die Rechten die reifen Früchte einsammeln? Was für ein Schmierentheater.

15. **AfD: Von sozialer Spaltung zum "Volk" der Rechten**

Hilflosigkeit aller Orten. Hohe zweistellige Ergebnisse der AfD in Landtagswahlen, gar zweite Kraft in Sachsen-Anhalt. Seit Monaten mobilisieren rassistische und reaktionäre Initiativen ungeahnte Massen. Flüchtlingsunterkünfte brennen in deutschen Städten. Wirksame Gegenstrategien sind immer noch keine in Sicht. Was

tun also? Vor der Strategie liegt die Analyse. Um den rechten Mob zu verstehen, muss man ihn beim Wort nehmen. Was bedeutet sein Wahlspruch „Wir sind das Volk“?

Quelle: annotationi.de

16. **Aus, aus, aus - das Spiel ist aus!**

Kurz vor der EM war ich erstmal bei Penny. Der aus dem Off dudelnde Haussender war schon in Stimmung, holte Experten ans Mikrofon. Keine Fußballer. Einen Caterer! Der stand den Kunden fachlich zur Seite. Zu einem Fußballspiel, sagte er, brauche man Bratwürste und Kartoffelsalat, den man übrigens hübsch mit Petersilie garnieren sollte. Aha. Ein Mordsratschlag, für dessen Ausführung man schon vom Fach sein muss. Und natürlich gab es auch Bier im Sortiment, extra für das Turnier. Zwei Tage später brachte ein bekanntes Magazin auf seiner Internetpräsenz einen EM-Hack, »So kühlen Sie Ihr Bier in zwei Minuten«. Das ist es, so schoss es mir wieder mal in den Sinn, was Fußball heute ist. Ein Event, das mit dem eigentlichen Sport rein gar nichts mehr zu tun hat. Wie wir in der Postdemokratie die Demokratie überwunden haben, so haben wir im Postfußball alles hinter uns gelassen, was substanziell je mit dieser Sportart zu tun hatte.

Um was es heute wesentlich geht, das ist nicht Taktik oder Kenntnisse, die man so hat, wenn man sich auch außerhalb solcher Turniere für diesen Sport interessiert. Es geht bloß noch um die laue Emotion und um nationales Kollektiv. Man berichtet von Fanmeilen wie vom Platz. Die Wahrheit liegt auf der Fanmeile. Der Ball ist rund und ein Spiel dauert eine Tüte Kartoffelchips. Es ist ein national aufgeladener Karneval, in dem jeder Honk, der sich außerhalb großer Turniere um diesen Sport absolut nicht kümmert, für vier Wochen zu einem Wissenden und Insider der Sache mutiert. Wobei Wissen nicht meint, dass er etwas über Raumdeckung wüsste oder darüber, dass der Torhüter im modernen Fußball einen sehr defensiven Libero gibt. Das alles gehört nicht zum Repertoire derer, die für einen Moment so tun, als wären sie diesem Sport auf eine unverbrüchliche Weise verbunden.

Quelle: [Heppenheimer Hiob](#)